

Europarecht

Ein Studienbuch

Bearbeitet von
Prof. Dr. Dres. h.c. Thomas Oppermann, Prof. Dr. Claus Dieter Classen, Prof. Dr. Martin Nettesheim

7. Auflage 2016. Buch. Rund 750 S. Kartoniert
ISBN 978 3 406 68992 5
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Europarecht , Internationales Recht, Recht des Auslands > Europarecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Kurzlehrbücher
für das juristische Studium

Oppermann/Classen/Nettesheim
Europarecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Europarecht

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Ein Studienbuch

von

Dr. iur. Dres. h. c. Thomas Oppermann

em. o. Professor an der Universität Tübingen
ehem. Mitglied des Staatsgerichtshofes für das Land Baden-Württemberg

Dr. iur. Claus Dieter Classen

o. Professor an der Universität Greifswald

Dr. iur. Martin Nettesheim

o. Professor an der Universität Tübingen

7., völlig neu bearbeitete Auflage, 2016

C. H. BECK 

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 68992 5

© 2016 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
In den Lissen 12, D-76547 Sinzheim

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Die 7. Auflage dieses Lehrbuchs wird wiederum von den drei Verfassern gemeinsam verantwortet.

Die Lage der Europäischen Union ist auch in den letzten beiden Jahren durch außergewöhnliche Umstände geprägt. Zu der besonders von Griechenland seit 2010 ausgehenden und noch nicht bewältigten Euro-Finanzkrise ist ungefähr seit Mitte 2015 ein Zustrom von Flüchtlingen aus Nahost und Afrika bisher ungeahnten Ausmaßes in die EU getreten – besonders nach Deutschland, Österreich und Schweden. Ein Ende ist noch nicht abzusehen. Diese Ereignisse stellen für die Geltung des Europarechts ein ernstes Problem dar.

Die Entwicklung des sekundären Europarechts, der europäischen Rechtsprechung und der begleitenden Literatur wird in der Neuauflage bis ungefähr Ende 2015 berücksichtigt. Der Aufbau des Buches ist grundsätzlich unverändert geblieben und ebenso unser Konzept, einerseits den Studierenden die wichtigen Grundlagen des Europarechts vorzustellen und gleichzeitig auch solche Politikbereiche, die eher den Praktiker des Europarechts interessieren. So werden dargestellt der „Allgemeine Teil“ des Unionsrechts (Institutionen, Quellen, Rechtsschutz, Demokratie, Grundrechte u. a. m.) und ebenso der Kern der meisten materiellen EU-Politiken (Binnenmarkt, Währungsunion, Wettbewerb, Außenbeziehungen u. a. m.). Bei den Grundrechten werden die für die EU verbindlichen Garantien der EMRK behandelt.

Die Paragraphen wurden unter uns gegengelesen und erörtert, sodass wir für Unvollkommenheiten die Verantwortung gemeinsam tragen.

Für wichtige Hilfe gebührt Dank am Lehrstuhl *Classen* den Damen und Herren *Jytte Lauenstein*, *Ilka Kromrey* und *Christopher Bilz*, am Lehrstuhl *Nettesheim* den Damen und Herren *Björn Ebert*, *Ilka Englert*, *Christoph Fischer*, *Sebastian Karl*, *Dr. Andreas Kulick*, *Julia Pfaffenrot*, *Julia Marie Polder*, *Tengfei Xu* und *Isolde Zeiler*. Ebenso danken wir unseren Lesern für willkommene Anregungen. Künftige Nachrichten werden weiterhin an oppermannprof@aol.com, classen@uni-greifswald.de bzw. an mail@nettesheim.org erbeten.

Wir danken ein weiteres Mal Rechtsanwalt *Dr. Johannes Wasmuth* vom Verlag C.H. Beck und seiner Umgebung für die gute Zusammenarbeit.

Möge das Buch wie bisher ein nützlicher Beitrag für die Juristenausbildung und ebenso für die juristische und politische Praxis hilfreich sein.

Tübingen und Greifswald, im Januar 2016

Thomas Oppermann – Claus Dieter Classen – Martin Nettesheim


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Es hat geraume Zeit gedauert, dieses Buch abzuschließen. Außer den beruflichen Verpflichtungen eines Professors innerhalb und außerhalb der Massenuniversität unserer Tage lag es am Gegenstande selbst. Seit Jahrzehnten, verstärkt durch den Binnenmarktprozess der achtziger Jahre, befindet sich das Europarecht in einem Prozess ständiger inhaltlicher Ausweitung. Es birgt mittlerweile in sich nicht nur die meisten Disziplinen des nationalen Öffentlichen (Wirtschafts)rechts einschließlich vieler völkerrechtlicher Bezüge, sondern greift zunehmend auch in privatrechtliche Bereiche über, während seine strafrechtlichen Bestandteile sich noch in Grenzen halten.

Ein einzelner Autor vermag diesen Stoff heute nur noch mit Hilfe anderer zu bewältigen. Ich danke den ehemaligen und heutigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Tübinger Lehrstuhls, die es mir durch vielfältige Unterstützung über die Jahre hinweg ermöglicht haben, das Lehrbuch zu vollenden. Dr. *Claus Dieter Classen*, Dr. *Patricia Conlan LL. M.*, Dr. *Claus Eiselstein LL. M.*, Dr. *Frank Fechner*, *Claus Fehrenbacher*, *Werner Hiermaier*, Prof. Dr. *Michael Kilian*, Dr. *Martin Klose*, *Christoph Palme*, *Jutta Teufel* und Dr. *Stefan Völker* haben wichtigen Anteil an diesem Europarecht. Geschrieben habe ich den Text letztlich im Wesentlichen alleine, so dass die Verantwortung für alle Unvollkommenheiten bei mir verbleibt. Besonderer Dank gilt wieder einmal Frau *Helga Reichert-Orlik* für die umsichtige Erstellung des Manuskriptes, was für sich allein eine Sisyphusarbeit bedeutete.

Der C. H. Beck'schen Verlagsbuchhandlung und ihren Lektoren fühle ich mich für viel Geduld und Hilfe verbunden. Ich denke dabei besonders an den früheren Lektor Dr. *Klaus Tremel*, ohne dessen Zuspruch ich die Flinte möglicherweise ins Korn geworfen hätte. Wichtigen Antrieb aus meiner Hamburger akademischen Heimat bedeuteten die freundschaftlichen Nachfragen des deutschen Altmeisters des Europäischen Gemeinschaftsrechts *Hans Peter Ipsen*, ob denn das Buch immer noch nicht fertig sei.

Trotz aller Widrigkeiten habe ich dieses Europarecht besonders gerne geschrieben. Seit der Freiburger Universitätszeit Anfang der fünfziger Jahre gehört die europäische Idee zu meiner Lebensphilosophie. Das Gemeinschaftsrecht lernte ich in der Praxis der Europa-Abteilung des Bonner Bundeswirtschaftsministeriums 1960–1967 bei *Ulrich Everling* und *Ulrich Meyer-Cording*, eine mit vielen guten Erinnerungen verknüpfte Zeit. Seither gehört das Europarecht in Tübingen zu meinen liebsten Forschungsgegenständen, wozu viele anregende Gespräche mit Fakultäts- und Universitätskollegen beitragen. Sehr viel hat mir die Verbindung mit dem großen Europäer *Walter Hallstein* in seinem Stuttgarter Ruhesitz Ende der siebziger Jahre bedeutet, als er mir die Edition seiner ‚Europäischen Reden‘ anvertraute. Ein ständiger Ansporn zum Schreiben ergab sich aus dem über die Jahre stetig wachsenden Interesse der Studenten am Europarecht. Möge das Buch künftig sein Scherflein dazu beitragen!

Vor allen anderen gebührt jedoch meiner Frau und unseren Kindern der Dank. Das Gespräch mit meiner Frau hat mich, so hoffe ich, vor zu viel juristischem Rigorismus bewahrt. Und ohne die Bereitschaft der ganzen Familie, mir die Zeit für diese Arbeit zu gewähren, hätte das Buch nicht geschrieben werden können.

Tübingen, im Herbst 1990

Thomas Oppermann


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII
Einführung in das Europarecht	XLV

1. Teil. Geschichtliche Entwicklung

§ 1. Die europäische Idee bis 1945	1
§ 2. Europäische Einigung 1946–1992	5
§ 3. Von Maastricht zur Finanz- und zur Flüchtlingskrise	13

2. Teil. Die Europäische Union – Grundlagen

§ 4. Wesen der Europäischen Union	21
§ 5. Organe der Europäischen Union	28
§ 6. Weitere Institutionen der Europäischen Union	70
§ 7. Personal	78
§ 8. Finanzordnung	85

3. Teil. Integration durch Recht

§ 9. Rechtsquellen des Europäischen Unionsrechts	101
§ 10. Rang des Unionsrechts	146
§ 11. Rechtshandeln der EU-Institutionen	161
§ 12. Vollzug des Unionsrechts	188
§ 13. Rechtsschutz	205
§ 14. Haftung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten	233

4. Teil. Die Europäische Union und ihre Bürger

§ 15. Rechtsstaatliche Demokratie in der EU	242
§ 16. Unionsbürgerschaft	256
§ 17. Europäische Grundrechte	268

5. Teil. Wirtschaftsordnung der Europäischen Union

§ 18. Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftspolitik	304
§ 19. Währungsunion	325
§ 20. Wettbewerbsrecht und Unternehmen	334
§ 21. Wettbewerbsrecht und der Staat: Beihilfen, Daseinsvorsorge und öffentliche Aufträge	359

6. Teil. Binnenmarkt I: Warenverkehr und Dienstleistungen

§ 22. Binnenmarkt – Freier Warenverkehr	391
§ 23. Energie	409
§ 24. Landwirtschaft und Fischerei	417
§ 25. Freier Dienstleistungsverkehr	430
§ 26. Verkehr	442

7. Teil. Binnenmarkt II: Personen, Unternehmen und Soziales

§ 27. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	457
§ 28. Niederlassungsfreiheit	475
§ 29. Sozialpolitik und Beschäftigungspolitik	489

8. Teil. Binnenmarkt III: Finanzverkehr

§ 30. Kapital- und Zahlungsverkehr	499
§ 31. Finanzmärkte	506

9. Teil. Rechtsangleichung und Koordination

§ 32. Grundfragen der Rechtsangleichung	514
§ 33. Umwelt, Gesundheit, Polizei und Ausländer, Datenschutz: Zur Europäisierung des öffentlichen Rechts	529
§ 34. Forschung, Bildung und Sport, Kultur und Rundfunk: Zur Europäisierung des Kulturverwaltungsrechts	561
§ 35. Steuern	576
§ 36. Verbraucherschutz, geistiges Eigentum, Gesellschaftsrecht, Kollisions- und Prozessrecht: Zur Europäisierung des Privatrechts	594
§ 37. Zur Europäisierung des Strafrechts	612

10. Teil. Außendimension der Europäischen Union

§ 38. Gemeinsame Außenpolitik: Kompetenzen, Instrumente, Institutionen ..	618
§ 39. Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik	631
§ 40. Gemeinsame Handelspolitik und Entwicklungspolitik	646
§ 41. Europäische Assoziierung – Nachbarschaftspolitik	665
§ 42. Beitritt – Austritt	671

Sachverzeichnis	685
-----------------------	-----

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXXVH
Einführung in das Europarecht	XLV

1. Teil. Geschichtliche Entwicklung

§ 1. Die europäische Idee bis 1945 (<i>Oppermann</i>)	1
I. Der europäische Gedanke bis 1919	2
1. Ideen und Realisationen europäischer Gemeinsamkeit von der Antike bis zur Aufklärung	2
2. Vom „Europäischen Konzert“ des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg	3
II. Vorläufer der Europäischen Integration 1919–1945	4
1. „Paneuropa“ und Locarno	4
2. Das Zerrbild der „Neuen Ordnung“ der deutsch/italienischen Diktaturen	5
§ 2. Europäische Einigung 1946–1992 (<i>Oppermann</i>)	5
I. Anfänge nach 1945	5
1. Zürcher Rede Churchills 1946 und Europäische Bewegung	6
2. Erste Organisationsgründungen	6
II. Entstehung der Europäischen Gemeinschaften 1950–1958	7
1. Schuman-Erklärung 1950 und Gründung der Montanunion	7
2. Rückschläge	8
3. „Relance Européenne“: Messina 1955 – Römische Verträge 1958 ...	8
III. Wandel der „EG-Philosophie“ vom Föderalismus zum Pragmatismus 1958–1969	9
1. Auf dem Weg zum Europäischen Bundesstaat?	9
2. Über die Krise 1965 ins „Europa der Vaterländer“	9
IV. 1970–1990: In kleinen Schritten in Richtung Europäischer Union	10
1. Die siebziger Jahre der EG: Norderweiterung, Europäischer Rat und Direktwahl des Europäischen Parlamentes	10
2. Die achtziger Jahre: Süderweiterung, Einheitliche Europäische Akte 1986 und Binnenmarktprozess 1985–1992	11
§ 3. Von Maastricht zur Finanz- und zur Flüchtlingskrise (<i>Oppermann</i>)	13
I. Gründung der Europäischen Union (Maastricht 1992, Amsterdam 1997, Nizza 2001)	13
II. Europäische Währungsunion	14
III. „EFTA-Erweiterung“ 1995 und Osterweiterung 2004/2007/2013	14
IV. EU-Reform 2001–2009 („Post-Nizza-Prozess“)	15
1. Gründe der Reform	15
2. Verfassungskonvent – Scheitern des Verfassungsvertrags 2002–2004	15
3. Lissabon-Vertrag 2007/2009	16
V. Finanzkrise und Flüchtlingskrise 2009ff.	17
1. Die Finanzkrise 2009ff.	17
2. Die Flüchtlingskrise 2015	18
VI. Ausblick: Unvollendete Union?	19

2. Teil. Die Europäische Union – Grundlagen

§ 4. Wesen der Europäischen Union (<i>Oppermann</i>)	21
I. Die Fragestellung	21
II. Schaffung eines „Staatenverbundes“ als Konzept der Verträge	21
1. Die Europäische Union als neuartige Form zwischenstaatlicher Verbindung	21
a) Zur Überstaatlichkeit der Europäischen Union	22
b) Zur Nichtstaatlichkeit der Europäischen Union	23
c) Mehrebenenverbund von EU und Mitgliedstaaten	24
2. Andere Deutungen	24
a) Internationale Organisation	24
b) Staatenbund/Verwaltungsunion	24
c) Zweckverband funktioneller Integration	24
d) (Vor)Bundesstaat	25
III. Einwirkungen der Krisen auf die Gestalt der Europäischen Union?	25
IV. Zur Finalität der Europäischen Union	25
V. Ausblick: Legitimation der Europäischen Union im 21. Jahrhundert	26
1. Die EU als Akteur in der globalisierten Welt	27
a) Garant der Wirtschafts- und Wohlstandsgemeinschaft	27
b) Auf Dauer nur Zivilmacht?	27
2. Verpflichtung auf gemeinsame Werte („Wertegemeinschaft“)	27
3. Europäische Friedensordnung	27
§ 5. Organe der Europäischen Union (<i>Nettesheim</i>)	28
I. Überblick	29
1. Die Organe der EU	29
2. Weitere Einrichtungen	29
3. Standorte der Institutionen	30
4. Sprachenregime der Europäischen Union	30
a) Sprachliche Geltung der Verträge (Vertragssprachen)	31
b) Regelung der Amtssprachen und Arbeitssprachen	31
II. Gewaltenteilung und Funktionenverschränkung	32
1. Funktionen und Institutionen	32
2. Institutionelles Gleichgewicht	34
III. Die Organe der Union	34
1. Das Europäische Parlament (EP)	34
a) Die Institution des Europäischen Parlaments	36
b) Beschlussverfahren des Europäischen Parlaments	39
c) Aufgaben des Europäischen Parlaments	39
d) Politische Parteien auf europäischer Ebene	42
2. Der Europäische Rat	43
a) Die Institution des Europäischen Rats	44
b) Beschlussverfahren des Europäischen Rats	45
c) Aufgaben des Europäischen Rates	45
3. Der Rat	45
a) Die Institution des Rats	46
b) Beschlussverfahren im Rat	49

c) Aufgaben und Funktionen des Rates	51
d) Die im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten	53
4. Die Kommission	53
a) Die Institution der Kommission	54
b) Beschlussverfahren der Kommission	59
c) Aufgaben und Funktionen der Kommission	60
5. Europäische Gerichtsbarkeit (EuGH, EuG, GöD)	63
a) Träger der rechtsprechenden Gewalt	64
b) Aufgaben der europäischen Gerichtsbarkeit	66
6. Der Rechnungshof (RH)	68
a) Die Institution des Rechnungshofs	68
b) Aufgaben und Befugnisse	69
IV. Ausblick	69
 § 6. Weitere Institutionen der Europäischen Union (<i>Nettesheim</i>)	70
I. Beratende Institutionen mit Verfassungsrang	71
1. Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA)	71
a) Die Institution des WSA	72
b) Aufgaben und Befugnisse	72
2. Ausschuss der Regionen (AdR)	73
a) Die Institution des AdR	74
b) Aufgaben und Befugnisse	74
II. Sonstige Einrichtungen	75
1. Organisationsgewalt der Europäischen Union	75
2. Das Spektrum weiterer EU-Einrichtungen	76
a) Dezentrale Unionsagenturen	77
b) Agenturen für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ..	77
c) Exekutivagenturen und weitere Typen	77
III. Ausblick	78
 § 7. Personal (<i>Classen</i>)	78
I. Notwendigkeit eines Europäischen Öffentlichen Dienstes	79
II. Grundlagen des europäischen Dienstrechts	79
1. Zur Grundstruktur des Europäischen Öffentlichen Dienstes	79
2. Rechtsgrundlagen	79
3. Laufbahnprinzip und Beförderungssystem	80
4. Auswahlverfahren	80
III. Status der Europabeamten	81
1. Begründung des Beamtenverhältnisses	81
2. Loyalitätspflichten und Disziplinarrecht	82
3. Statusrechte	82
4. Rechtsschutz	83
5. Beendigung des Beamtenverhältnisses	83
IV. Sonstige Europabediensteten	83
V. Kollektives Dienstrecht	84
1. Personalvertretung	84
2. Koalitionsrecht	84

a) Dialog Berufsverbände – Unionsorgane	84
b) Zum Streikrecht	85
VI. Ausblick: Europäische und internationale Bedienstete	85
§ 8. Finanzordnung (Nettesheim)	85
I. Wesen und Dimension der EU-Finanzordnung	86
II. Haushalt der Europäischen Union	87
1. Entwicklung des Haushaltswesens der EU	87
2. Grundlinien des EU-Haushaltsrechts	88
a) Rechtsgrundlagen	88
b) Haushaltsgrundsätze	89
3. Haushaltseinnahmen der Europäischen Union	90
a) Die Eigenmittel	91
b) Sonstige Haushaltseinnahmen	92
4. Haushaltsausgaben der Europäischen Union	92
a) Kompetenzielle Begrenzung der Ausgaben	93
b) Mehrjähriger Finanzrahmen	93
c) Die Ausgabenstruktur	93
5. Haushaltsverfahren, Haushaltsvollzug und Haushaltsabschluss	95
a) Entwurf des Haushaltsplanes (Art. 314 Abs. 1 AEUV)	95
b) Feststellung des Haushaltsplanes (Art. 314 Abs. 5 AEUV, Art. 40 HaushO)	95
c) Haushaltsvollzug (Art. 317 AEUV, Art. 53 ff. HaushO)	95
d) Rechnungslegung und Rechnungsprüfung (Art. 318 AEUV)	96
e) Entlastung der Kommission (Art. 319 AEUV, Art. 164 ff. HaushO)	96
6. Schutz der finanziellen Interessen der EU (Betrugsbekämpfung)	96
III. Unionsfinanzierung außerhalb des Haushalts, insbesondere Anleihen und Darlehen	97
1. Europäischer Entwicklungsfonds (EEF)	97
2. Anleihen und Darlehen der EU	98
a) Zur Verschuldungsfähigkeit der EU	98
b) Finanzierungsinstrumente der EU	98
IV. Ausblick	99

3. Teil. Integration durch Recht

§ 9. Rechtsquellen des Europäischen Unionsrechts (Nettesheim)	101
I. Die autonome und einheitliche Rechtsordnung des EU-Rechts	101
1. Der Rechtskorpus des „Unionsrechts“	101
2. Kennzeichen der Unionsrechtsordnung	102
a) Der Anspruch auf „Autonomie“	102
b) Vergemeinschaftung des Rechtserzeugungsprozesses	104
c) Supranationalität	105
d) Insbesondere: Geltung, unmittelbare Anwendbarkeit und Wirkung des Unionsrechts	105
II. Primärrecht	107
1. Die Verträge	108

2. Ungeschriebenes primäres Unionsrecht	109
a) Gewohnheitsrecht	109
b) Allgemeine Rechtsgrundsätze des Unionsrechts	110
3. Vertragsänderungen und Vertragsergänzungen	115
a) Vertragsänderung	116
b) Sonstige Vertragsergänzungen und -anpassungen	117
III. Sekundäres Unionsrecht	118
1. Das Primärrecht als Grundlage und Grenze von sekundärem Unionsrecht	118
2. Außensteuerung im Bereich des AEUV und des EAGV	118
a) Rechtsinstrumente – Überblick	119
b) Verordnung	120
c) Richtlinie	122
d) Beschluss	129
e) Empfehlung und Stellungnahme	131
f) Weiche Steuerungsformen	132
3. Außensteuerung im Bereich der GASP	135
4. Rechtsinstrumente zur Selbstorganisation des Integrationsverbands	135
a) Überblick	135
b) Beschlüsse	136
c) Entschließungen	136
d) Beschlüsse der im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten	137
e) Interinstitutionelle Vereinbarungen	137
f) Sonstige Akte ohne Rechtsverbindlichkeit	138
IV. Völkerrecht im Unionsrecht	138
1. Völkergewohnheitsrecht und allgemeine Rechtsgrundsätze des Völkerrechts	139
2. Völkerrechtliche Verträge	140
a) EU-Abkommen	140
b) Abkommen der Mitgliedstaaten	140
V. Auslegung des Unionsrechts	141
1. Unionsrechtliche Auslegungsmethoden zwischen Völkerrecht und Verfassungsrecht	141
2. Wortlautargumente	142
3. Der systematische Kontext	143
4. Historische Auslegung	143
5. Teleologische Argumente	144
6. Vertretbare, überzeugende und zwingende Entscheidungen	145
VI. Ausblick	146
§ 10. Rang des Unionsrechts (Nettesheim)	146
I. Normenkollisionen zwischen EU-Recht und nationalem Recht	147
1. Der Vorranganspruch des Unionsrechts	147
a) Verfassungsähnliche Gründung einer autonomen Unionsrechtsordnung	148
b) Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs	149
c) Die europarechtliche Theorie in den Mitgliedstaaten	149

2. Die Akzeptanz des Vorrangs des Unionsrechts in der Rechtsprechung der Mitgliedstaaten	150
a) Deutschland	151
b) Andere Mitgliedstaaten	154
3. Konsequenzen des Vorrangs: Unanwendbarkeit des nationalen Rechts („Anwendungsvorrang“)	157
II. Normenhierarchie innerhalb des Unionsrechts	158
1. Rang und Vorrang des Primärrechts	158
2. Rangstufen innerhalb des Sekundärrechts	160
III. Ausblick	161
§ 11. Rechtshandeln der EU-Institutionen (Nettesheim)	161
I. Kompetenzen	162
1. Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	163
2. Formen der Kompetenzbegründung	164
a) Art. 352 AEUV	164
b) Implied-Powers-Lehre	165
3. Arten der Kompetenzen	166
4. Der Sonderfall der verstärkten Zusammenarbeit	167
5. Kompetenzausübungsregeln	169
a) Subsidiaritätsprinzip	169
b) Verhältnismäßigkeitsprinzip	171
II. Delegation von Befugnissen	172
1. Delegierte Rechtsetzung (Art. 290 AEUV)	172
2. Durchführungsrechtsetzung (Art. 291 AEUV)	173
3. Sonstige Delegation	174
III. Das Verfahren der Rechtsetzung	175
1. Die Wandlungen des Verfahrensrechts	175
2. Die Verfahrensarten: Überblick und Abgrenzungen	175
3. Ausgewählte Typen des Rechtsetzungsverfahrens	177
a) Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren (Art. 294 AEUV)	177
b) Das besondere Gesetzgebungsverfahren	181
c) Sonstige Rechtsetzungsverfahren	183
IV. Die Form der Rechtsetzung	183
1. Die Bezeichnung der Rechtsakte	183
2. Begründungspflicht	183
3. Veröffentlichung, Bekanntgabe und Inkrafttreten	185
a) Veröffentlichung und Bekanntgabe	185
b) Inkrafttreten	186
V. Bestandskraft, Änderung und Außerkrafttreten von Unionsrecht	186
1. Gültigkeit	186
2. Berichtigung von Rechtsakten	187
3. Änderung von Rechtsakten	187
VI. Ausblick	188
§ 12. Vollzug des Unionsrechts (Nettesheim)	188
I. Die Entstehung einer europäischen Verwaltungsrechtsordnung	189
II. Direkter und indirekter Vollzug des Unionsrechts	191

1. Vollzug durch EU-Behörden (EU-Eigenverwaltung)	191
a) Organisationsgewalt	192
b) Vorgaben für Verwaltungsorganisation und -verfahren	192
c) Zugang zu Dokumenten	194
2. Vollzug durch mitgliedstaatliche Behörden	195
a) Prinzip der Durchführungszuständigkeit der Mitgliedstaaten? ..	196
b) Vorgaben für den mitgliedstaatlichen Vollzug des Unionsrechts ..	198
c) Vollzugsdefizite	201
III. Vollstreckung des Unionsrechts	203
IV. Sanktionen gegenüber Privatpersonen	203
V. Ausblick	204
 § 13. Rechtsschutz (Classen)	205
I. Grundlagen der Rechtsschutzgewährung	206
1. Zur Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes durch nationale Gerichte	207
2. Zum Zuständigkeitskatalog der europäischen Gerichtsbarkeit	208
a) Die Zuständigkeiten der europäischen Gerichtsbarkeit	208
b) Zu den Funktionen der europäischen Gerichtsbarkeit	209
3. Verhältnis europäischer und nationaler (deutscher) Gerichtszuständigkeit	209
II. Allgemeine Prinzipien der Rechtsschutzgewährung durch die europäische Gerichtsbarkeit	211
1. Rechtsgrundlagen	211
2. Verteilung der Zuständigkeiten innerhalb der europäischen Gerichtsbarkeit	212
3. Zu Umfang und Intensität der gerichtlichen Prüfung	212
4. Prozessverfahren	213
a) Schriftliches Verfahren	213
b) Mündliches Verfahren	213
c) Verfahrensdauer	214
5. Urteile und ihre Wirkungen	214
6. Rechtsmittel	215
III. Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten (Art. 258f. AEUV)	215
1. Wesen des Verfahrens	216
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen	217
a) Beteiligte und Streitgegenstand	217
b) Verfahrensrechtliche Voraussetzungen	217
3. Urteil	218
IV. Nichtigkeitsklage und Untätigkeitsklage (Art. 263, 265 AEUV)	219
1. Wesen der Verfahren	219
2. Nichtigkeitsklage (Art. 263 AEUV)	220
a) Klagevoraussetzungen	220
b) Begründetheitsprüfung und Urteil	222
3. Untätigkeitsklage (Art. 265 AEUV)	223
4. Besonderheiten der Nichtigkeits- und der Untätigkeitsklage natürlicher und juristischer Personen (Art. 263 Abs. 4 und 5, 265 Abs. 3 AEUV)	223

a) Klageberechtigter Personenkreis	223
b) Anfechtbare Rechtsakte/angreifbare Untätigkeit	224
V. Amtshaftungsklage (Art. 268 AEUV)	226
VI. Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEUV)	227
1. Funktion des Vorabentscheidungsverfahrens	227
a) Verzahnung nationaler und europäischer Gerichtsbarkeit	227
b) Autoritative Auslegung und Gültigkeitskontrolle	228
2. Voraussetzungen einer Vorlage	228
a) Vorlageberechtigte Stelle: „Gericht“	228
b) Zulässige Frage: Auslegung von Unionsrecht, Gültigkeit von Sekundärrecht	228
c) „Entscheidungserheblichkeit“ der europäischen Norm	229
3. Vorlagepflichten	229
a) Vorlagepflicht letztinstanzlicher Gerichte	229
b) Ausnahmen von dieser Vorlagepflicht	230
c) Vorlagepflicht aller Gerichte bei Gültigkeitsfragen	230
d) Vorlagepflicht aller Gerichte von Verfassungen wegen	230
e) Rechtsfolgen der Missachtung der Vorlagepflicht	230
4. Verfahren und Folgen der Vorabentscheidung	231
a) Verfahrensrechtliche Aspekte	231
b) Urteil	231
5. Durchsetzung der Vorlagepflicht durch BVerfG und EGMR	231
VII. Gewährleistung einstweiligen Rechtsschutzes	232
VIII. Ausblick	233
§ 14. Haftung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten	
<i>(Classen)</i>	233
I. Haftung der EU im Inneren	234
1. Vertragliche Haftung der EU	234
2. Außervertragliche Haftung der EU (Art. 340 Abs. 2 AEUV)	234
a) Haftbare Stellen	235
b) Verletzung Rechte Einzelner	235
c) Qualifikation des Rechtsverstoßes	236
d) Schaden	236
e) Kausalzusammenhang von Schaden und Rechtsverstoß	236
f) Persönliche Haftung der EU-Bediensteten	237
II. Haftung der Mitgliedstaaten bei Verletzungen des Unionsrechts	237
1. Grundsatzfragen	237
2. Die einzelnen Anspruchsvoraussetzungen	238
a) Haftbare Stellen	239
b) Verletzung Rechte Einzelner	240
c) Qualifikation des Rechtsverstoßes	240
d) Schaden	241
3. Ergänzende Haftung bei Vertrauensschutz?	241
III. Ausblick	241

4. Teil. Die Europäische Union und ihre Bürger

§ 15. Rechtsstaatliche Demokratie in der EU (Nettesheim)	242
I. Phasen der Diskussion um demokratische Legitimität	242
1. Die Legitimationskonstruktion der frühen Jahre: Einstimmigkeitserfordernis und Output-Orientierung	243
2. Die Defizite überkommener Legitimationskonstruktionen	244
II. Demokratietheoretische Differenzen	245
III. Die Architektur unionaler Demokratie	248
1. Gemeinwohldienliches Regieren („Output“) als Ausdruck von „Input“, Verfahren und Kontrolle	248
2. Gemeinwohlrealisierung durch repräsentative Amtsführung	251
3. Vor-institutionelle Voraussetzungen europäischer Demokratie	253
IV. Ausblick: Ein „demokratisches Defizit“?	255
§ 16. Unionsbürgerschaft (Nettesheim)	256
I. Die Herausbildung eines Bürgerstatus	257
II. Die Einwirkung der Unionsbürgerschaft auf das mitgliedstaatliche Staatsangehörigkeitsrecht	258
III. Inhaltliche Dimensionen des „Grundstatus“ der Unionsbürgerschaft	259
IV. Freizügigkeit: Schutz der positiven und der negativen Freiheit	261
1. Persönlicher Anwendungsbereich	261
2. Sachlicher Anwendungsbereich	261
a) Schutz der Freiheit zur grenzüberschreitenden Mobilität	261
b) Schutz des Rechts zum Bleiben	262
3. Beeinträchtigung	262
4. Schranken	263
V. Das Recht auf Gleichbehandlung (Art. 21 i. V. m. Art. 18 AEUV)	263
VI. Die politische Dimension der Unionsbürgerschaft	266
1. Wahlrecht bei Kommunalwahlen und zum Europäischen Parlament	266
2. Diplomatischer und konsularischer Schutz	267
3. Petitions- und sprachliche Rechte	267
VII. Ausblick	267
§ 17. Europäische Grundrechte (Classen/Nettesheim)	268
I. Die Herausbildung der EU-Grundrechte	268
II. Grundlagen der EU-Grundrechtecharta	270
1. Allgemeines	270
2. Berechtigte und Verpflichtete	271
a) Adressaten	271
b) Berechtigte	274
3. Inhalt der Grundrechte	274
a) Grundrechte als Abwehrrechte: Schutzbereich – Eingriff – Schranken	274
b) Grundrechtliche Leistungs- und Schutzpflichten	276
III. Die anderen Grundlagen des EU-Grundrechtsschutzes	277
1. Die EMRK	277
a) Grundlagen der EMRK	278
b) Dogmatik der EMRK	278
c) Die Bedeutung der EMRK für den Grundrechtsschutz der EU	280

2. Das Verhältnis der in Art. 6 EUV genannten Rechtsquellen zueinander	281
IV. Einzelne Grundrechte	283
1. Fundamentalgarantien	283
a) Die Menschenwürde (Art. 1 GrCh)	283
b) Recht auf Leben (Art. 2 Abs. 1 GrCh, Art. 2 EMRK) – Verbot der Todesstrafe (Art. 2 Abs. 2 GrCh, Art. 1, 6. ZP und 13. ZP)	283
c) Verbot von Folter und unmenschlicher Behandlung (Art. 4 GrCh, Art. 3 EMRK)	284
d) Verbot der Sklaverei und Zwangsarbeit (Art. 5 GrCh, Art. 4 EMRK)	284
2. Freiheitsrechte	284
a) Recht auf Achtung der Privatsphäre (Art. 7 GrCh, Art. 8 EMRK, Art. 16 AEUV)	284
b) Schutz des Familienlebens und der Eheschließung (Art. 7 und 9 GrCh, Art. 8 und 12 EMRK)	285
c) Schutz der Wohnung und Freiheit des Briefverkehrs (Art. 7 GrCh, Art. 8 EMRK)	286
d) Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (Art. 10 GrCh, Art. 9 EMRK)	286
e) Meinungs- und Medienfreiheit (Art. 11 GrCh, Art. 10 EMRK)	288
f) Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (Art. 12 GrCh, Art. 11 EMRK)	288
g) Berufsfreiheit (Art. 15, 16 GrCh)	289
h) Schutz des Eigentums (Art. 17 GrCh, Art. 1 des 1. ZP)	289
i) Freizügigkeit und Ausweisungsschutz (Art. 19, 45 GrCh, Art. 2–4, 4. ZP; Art. 1 des 7. ZP)	290
3. Ansprüche auf Gleichbehandlung	291
a) Allgemeiner Gleichheitssatz	291
b) Besondere Gleichheitssätze und Gleichstellungspolitik der EU	292
4. Soziale Rechte	295
5. Justizgarantien	296
a) Recht auf ein faires Verfahren (Art. 47 GrCh, Art. 6, 13 EMRK, Art. 2–4 des 7. ZP)	296
b) Weitere rechtsstaatliche Garantien	298
V. Die äußere Überwachung: EGMR und nationale Verfassungsgerichte	300
1. Schutz durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)	300
a) Organisation des Gerichtshofes	300
b) Zuständigkeiten und Verfahren	301
c) Urteile des EGMR und ihre Folgen	301
d) Die Kontrolle von Unionsrecht durch den EGMR	302
2. Schutz durch die nationale Verfassungsgerichtsbarkeit	302
VI. Ausblick	303

5. Teil. Wirtschaftsordnung der Europäischen Union

§ 18. Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftspolitik (<i>Nettesheim</i>)	304
I. Die Diskussion um die Wirtschaftsverfassung der EU	304
II. Die Fragmentiertheit der Wirtschaftsordnung	306
1. Die Verfassung des Binnenmarktes	307
2. Gestaltende Politik der EU – zwischen Liberalität und Interventionismus	307
III. Allgemeine Wirtschaftspolitik der EU	309
1. Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten	310
2. Die Stärkung der fiskal- und haushaltspolitischen Disziplin	312
a) Der Stabilitäts- und Wachstumspakt	312
b) Der Ausbau des Stabilisierungsregimes	312
c) Auf dem Weg zu einer „Europäischen Wirtschaftsregierung“?	315
3. Die „Rettungsmechanismen“	316
4. Wege aus der Krise	317
IV. Wirtschaftspolitik durch Kreditvergabe: Die Europäische Investitionsbank (EIB)	319
1. Gründung und Entwicklung der Europäischen Investitionsbank	319
2. Status der Europäischen Investitionsbank	319
3. Aufgaben der EIB	321
V. Sektorale Wirtschaftspolitiken der EU: Das Beispiel der Regional- und Strukturpolitik	321
1. Entwicklung	322
2. Ziele und Instrumente	322
3. Förderumfang	324
VI. Ausblick	324
§ 19. Währungsunion (<i>Nettesheim</i>)	325
I. Chancen und Risiken einer Währungsunion	325
II. Der Weg in die Europäische Währungsunion 1999	328
III. Die Europäische Währungsunion (EWU)	329
1. Europäische Zentralbank (EZB)	329
a) Die Institution der EZB	330
b) Die Unabhängigkeit der EZB	331
c) Kapital und Währungsreserven der EZB	332
2. Aufgaben und Ziele des Eurosystems	332
IV. Ausblick	334
§ 20. Wettbewerbsrecht und Unternehmen (<i>Classen</i>)	334
I. Grundlagen	335
1. Wettbewerb als Element des Binnenmarktes	335
2. Zur Entwicklung des europäischen Wettbewerbsrechts	337
3. Grundbegriffe des europäischen Wettbewerbsrechts	338
a) Adressaten des Wettbewerbsrechts	338
b) Relevanter Markt	340
c) Zwischenstaatsklausel	340
d) Bereichsspezifische Regeln	341

II. Das Kartellverbot und seine Ausnahmen (Art. 101 AEUV)	341
1. Grundstruktur	341
a) Kartellbegriff	342
b) Wettbewerbsbeschränkung	342
c) Spürbarkeitsklausel	342
d) Ausnahme nach Absatz 3	343
e) Rechtsfolgen des Kartellverbots	344
2. Einzelheiten zu horizontalen und vertikalen Vereinbarungen	344
a) Horizontale Vereinbarungen	344
b) Vertikale Vereinbarungen	345
III. Der Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung (Art. 102 AEUV)	345
1. Marktbeherrschende Stellung	346
2. Missbräuchliche Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung	347
3. Folgen eines Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung	348
IV. Die Fusionskontrolle (FusK)	348
1. Entstehung und Entwicklung der europäischen Fusionskontrolle	348
2. Gegenstand der Fusionskontrolle: Zusammenschlüsse von unions- weiter Bedeutung (Art. 1, 3 FusK-VO)	349
3. Voraussetzungen des Verbots eines Zusammenschlusses (Art. 2 FusK-VO)	349
4. Fusionskontrollverfahren (Art. 4 ff. FusK-VO i. V. m. VO 802/2004) und Rechtsschutz	350
V. Nationales, europäisches und internationales Wettbewerbsrecht	351
1. Extraterritoriale Wirkungen europäischen Wettbewerbsrechts	351
2. Europäisches und nationales Wettbewerbsrecht	352
VI. Die Durchsetzung des Wettbewerbsrechts	353
1. Administrative Durchführung des Wettbewerbsrechts	354
a) Verwaltungsbefugnisse der Kommission	354
b) Sanktionsbefugnisse der Kommission	355
c) Aufgaben und Befugnisse der nationalen Behörden	356
2. Rechtsschutz	356
a) Rechtsschutz vor den europäischen Gerichten	357
b) Rechtsschutz vor nationalen Gerichten	357
c) Private Rechtsdurchsetzung vor nationalen Gerichten	357
VII. Ausblick: Erfolge und Zukunft der europäischen Wettbewerbspolitik	358
§ 21. Wettbewerbsrecht und der Staat: Beihilfen, Daseinsvorsorge und öffentliche Aufträge (Classen)	359
I. Grundlagen: Das wirtschaftliche Engagement des Staates im Binnenmarkt	359
II. Das Verbot nationaler Beihilfen und seine Ausnahmen	360
1. Grundlagen: Subventionen im europäischen Binnenmarkt	360
2. Die Unvereinbarkeitsklausel des Art. 107 Abs. 1 AEUV	362
a) Gewähren eines wirtschaftlichen Vorteils („Begünstigung“)	362
b) Gewährung staatlicherseits	363
c) Begünstigte: Unternehmen	364
d) Selektivität der Zuwendung	364
e) Wettbewerbsverfälschung	364
f) Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	365

3. Legalausnahmen und Ausnahmen nach Ermessen	365
a) Legalausnahmen (Art. 107 Abs. 2 AEUV)	366
b) Ausnahmen nach Ermessen (Art. 107 Abs. 3 AEUV)	366
4. Verhältnis zu anderen Regelungen des Unionsrechts	369
a) Verhältnis des Beihilferechts zu anderen Vertragsregelungen	369
b) Beihilferegime und Drittländer	370
5. Europäisches Beihilfeverfahren	370
a) Grundlagen	370
b) Kontrolle bestehender Beihilfen („repressive“ Kontrolle)	371
c) Kontrolle neuer Beihilfen (präventive Kontrolle)	371
d) Rechtswidrige Beihilfen und ihre Kontrolle	372
e) Rückforderung rechtswidriger Beihilfen	373
6. Rechtsschutz	374
a) Rechtsschutz für den Beihilfeempfänger	374
b) Rechtsschutz für Mitgliedstaat und Kommission	375
c) Rechtsschutz für die Konkurrenten	375
III. Öffentliche Unternehmen, Daseinsvorsorge und Wettbewerbsordnung	376
1. Das Grundproblem	376
2. Grundsätze	377
a) Wettbewerbliche Gleichbehandlung öffentlicher und privater Unternehmen	377
b) Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (Daseinsvorsorge/Service public)	378
c) Insbesondere: Beihilferechtliche Fragen	379
3. Praxis der europäischen Liberalisierung bei den Diensten von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse	380
a) Telekommunikation (TK)	381
b) Post	382
c) Sparkassen und Landesbanken	382
d) Weitere Bereiche	382
IV. Öffentliche Aufträge (Vergabewesen)	382
1. Grundlagen	383
2. Entwicklung des Sekundärrechts und deutsche Umsetzung	384
3. Anwendungsbereich	385
4. Kriterien und Verfahren der Auftragsvergabe	386
5. Rechtsschutz	388
6. Vergabeentscheidungen jenseits des Anwendungsbereichs der Richtlinien	389
V. Ausblick	389

6. Teil. Binnenmarkt I: Warenverkehr und Dienstleistungen

§ 22. Binnenmarkt – Freier Warenverkehr (Classen)	391
I. Grundlage: Der Binnenmarkt	391
1. Sinn und Zweck der Grundfreiheiten	392
2. Adressaten der Grundfreiheiten	394
3. Struktur der Prüfung der Grundfreiheiten	394
4. Zur Inländerdiskriminierung	396

5. Negative und positive Integration	396
6. Erfolge und Probleme der Marktintegration	397
II. Die Warenverkehrsfreiheit als Kernelement des Binnenmarktes	397
1. Ware	397
2. Unionswaren und Freiverkehrswaren	397
3. Inhalt der Warenverkehrsfreiheit	398
4. Die Entwicklung des freien Warenverkehrs seit 1958	398
III. Marktliberalisierung I: Die Zollunion	398
1. Abschaffung der Binnenzölle (Art. 28 ff. AEUV)	398
2. Abschaffung der Abgaben zollgleicher Wirkung	399
IV. Marktliberalisierung II: Verbot mengenmäßiger Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung (Art. 34 ff. AEUV)	400
1. Anwendungsbereich	400
2. Verbot mengenmäßiger Beschränkungen	400
3. Verbot der Maßnahmen gleicher Wirkung wie mengenmäßige Beschränkungen (MgW)	401
a) Definition der MgW für die Wareneinfuhr durch die „Dassonville“-Formel	401
b) Eingrenzungen durch spätere Formeln	402
c) MgW bei der Beschränkung der Warenausfuhr	403
4. Mögliche Rechtfertigung von mengenmäßigen Beschränkungen und MgW	403
a) Ausnahmen vom Verbot von mengenmäßigen Beschränkungen und MgW nach Maßgabe von Art. 36 AEUV	403
b) Die „Cassis-Doktrin“: Rechtfertigung durch zwingende Erfordernisse des Handelsverkehrs	404
V. Nichtdiskriminierende Umformung staatlicher Handelsmonopole	405
1. Umformungsgebot	406
2. Handels- und Finanzmonopole	406
VI. Maßnahmen zur praktischen Verwirklichung des freien Warenverkehrs	406
1. Binnenmarktschädliche Aktionen Privater	407
2. Rechtsangleichung im Kontext der Warenverkehrsfreiheit	407
VII. Ausblick	409
§ 23. Energie (Classen)	409
I. Grundlagen	410
1. Die Bedeutung der Energiepolitik für die europäische Integration ...	410
2. Die Entwicklung der europäischen Energiepolitik	411
II. Primärrechtliche Grundlagen und sekundärrechtliche Ausformung der Energiepolitik (ohne Kernenergie)	412
1. Primärrechtliche Grundlagen der europäischen Energiepolitik	412
2. Sekundärrechtliche Ausformungen für die einzelnen Energiearten ...	413
a) Bevorratungspolitik	413
b) Die leitungsgebundenen Energieträger Erdgas und Elektrizität ...	413
c) Ökologische Aspekte der Energiepolitik	414
d) Außenbeziehungen	415
III. Das Kernenergieregime von EURATOM	415

1. Entwicklung von EURATOM und der Nutzung der Kernenergie in der EU	415
2. Grundstruktur des EAG-Vertrages	415
3. Aufgaben von EURATOM	416
a) Versorgung mit Brennstoffen	416
b) Gesundheitsschutz und nukleare Sicherheit	416
c) Weiterentwicklung der Kernenergie (Forschung/Gemeinsame Unternehmen)	417
IV. Ausblick	417
§ 24. Landwirtschaft und Fischerei (Classen)	417
I. Landwirtschaft und Fischerei: Administrierter Teil des Binnenmarktes	417
1. Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und Binnenmarkt	417
2. Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik	418
II. Primärrechtliche Grundlagen der Gemeinsamen Agrarpolitik	419
1. Zum Begriff der Landwirtschaft	419
2. Inhaltliche Vorgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik	419
a) Ziele der Agrarpolitik (Art. 39 AEUV)	419
b) Prinzipien der Gemeinsamen Agrarpolitik	419
c) Gemeinsame Agrarpolitik und allgemeine Vertragsregelungen	420
3. Die Rechtsgrundlagen der Gemeinsamen Agrarpolitik	421
III. Sekundärrechtliche Ausgestaltung der Landwirtschaftspolitik	421
1. Die Europäischen Marktordnungen im Bereich der Landwirtschaft	422
a) Finanzrelevante Regeln für den Agrarinnenmarkt	422
b) Agrarrechtsangleichung	423
c) Ergänzende Marktregelungen	423
d) Regeln für den Agraraußenhandel	424
2. Agrarstrukturpolitik („Entwicklung des ländlichen Raumes“)	424
a) Aufgaben und Grundlagen der Agrarstrukturpolitik	424
b) Entwicklung der Agrarstrukturpolitik	424
c) Stand der Agrarstrukturpolitik	424
3. Verwaltung und Finanzierung der Marktordnungen	425
a) Agrarverwaltung	425
b) Gemeinsame Agrarfinanzierung	425
IV. Gemeinsame Fischereipolitik	426
1. Tatsächliche Besonderheiten der Gemeinsamen Fischereipolitik	427
2. Gemeinsame Fischereipolitik und Internationales Seerecht	427
3. Entwicklung der Gemeinsamen Fischereipolitik	427
4. Stand der Gemeinsamen Fischereipolitik	428
a) Erhaltung der Fischbestände	428
b) Gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse	429
c) EU-Außenbeziehungen in der Fischereipolitik	429
V. Ausblick	429
§ 25. Freier Dienstleistungsverkehr (Classen)	430
I. Grundlagen: Die Dienstleistungsfreiheit als Teil des Binnenmarktes	430
II. Marktliberalisierung im Bereich des Dienstleistungsverkehrs:	
Die Dienstleistungsfreiheit (Art. 56ff. AEUV)	431

1. Anwendungsbereich der Dienstleistungsfreiheit	431
a) Dienstleistung	431
b) Ausnahmetatbestand: Ausübung öffentlicher Gewalt	432
c) Grenzüberschreitung der Dienstleistung	432
d) Keine Harmonisierung durch die Union	433
e) Personeller Anwendungsbereich	434
2. Das Verbot von Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit	434
3. Rechtfertigung für Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit	435
a) Grenzen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit (Art. 52 AEUV)	435
b) Immanente Grenzen der zwingenden Allgemeininteressen	435
III. Maßnahmen zur praktischen Verwirklichung des freien Dienstleistungsverkehrs	436
1. Grundlagen	436
2. Dienstleistungsrichtlinie	437
3. Berufsbezogene Regelungen	438
a) Anerkennung von Berufsqualifikationen	439
b) Rechtsanwälte und Notare im Besonderen	440
4. Entsenderichtlinie	440
5. Aufenthaltsrechtliche Begleitrechte	441
IV. Ausblick	441
§ 26. Verkehr (Classen)	442
I. Die Verkehrspolitik im Binnenmarkt	442
1. Doppelfunktion des Verkehrs im Binnenmarkt	442
2. Entwicklung der Gemeinsamen Verkehrspolitik seit 1958	442
II. Primärrechtliche Grundlagen der Gemeinsamen Verkehrspolitik	443
1. Inhaltliche Vorgaben für die gemeinsame Verkehrspolitik	443
2. Kompetenzgrundlagen der Gemeinsamen Verkehrspolitik	443
3. Der Verkehr und die sonstigen Vertragsregeln	444
III. Sekundärrechtliche Ausformung der Liberalisierung des Verkehrs	445
1. Liberalisierung bei der Erbringung von Verkehrsdienstleistungen	445
2. Bereitstellung und Nutzung der Infrastruktur	446
3. Personenbezogene Regeln (Fahrerlaubnisse etc.)	447
IV. Sekundärrechtliche Ausformung der Sicherung des Wettbewerbs	448
1. Preisregelungen	448
2. Beihilfenrecht	448
3. Standards für Beschäftigte und Nutzer	450
a) Sozialstandards für Beschäftigte	450
b) Verbraucherschutz (Fahrgastrechte etc.)	450
V. Weitere Maßnahmen	451
1. Verkehrssicherheit	451
2. Umweltschutz	451
3. Institutionelle Regelungen	452
VI. Internationale Beziehungen in der Verkehrspolitik	452
1. Landverkehr und Binnenschifffahrt	452
2. Seeverkehr	452
3. Luftverkehr	452

VII. Transeuropäische Netze (TEN)	453
1. Konzept der Transeuropäischen Netze	453
2. System des Titels Transeuropäische Netze	454
a) Ziele	454
b) Instrumentarium	454
c) Finanzierung	454
d) Verhältnis der TEN-Politik zu den Sachpolitiken des AEUV	454
3. Zur Praxis der TEN-Politik seit 1993	455
a) Verkehr	455
b) Telekommunikation	455
c) Energie	455
VIII. Ausblick: Perspektiven für den Verkehrsbinnenmarkt	455

7. Teil. Binnenmarkt II: Personen, Unternehmen und Soziales

§ 27. Freizügigkeit der Arbeitnehmer (<i>Nettesheim</i>)	457
I. Die Bedeutung der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Binnenmarkt	457
II. Marktliberalisierung: Die Gewährleistung der Arbeitnehmerfreizügigkeit	459
1. Abgrenzung zu anderen Grundfreiheiten	459
2. Vorrangiges Sekundärrecht	460
3. Gewährleistungsbereich	460
a) Berechtigte der Arbeitnehmerfreizügigkeit	460
b) Sachlicher Anwendungsbereich	462
c) Bereichsausnahme nach Art. 45 Abs. 4 AEUV	463
d) Räumlicher Geltungsbereich	464
e) Adressaten der Arbeitnehmerfreizügigkeit	465
4. Gewährleistungsumfang	465
a) Diskriminierungsverbot (Art. 45 Abs. 2 AEUV)	466
b) Beschränkungsverbot	467
5. Rechtfertigung	468
a) Öffentliche Ordnung, Sicherheit und Gesundheit	468
b) Zwingende Gründe des Allgemeininteresses	469
III. Verwirklichung der Arbeitnehmerfreizügigkeit	470
1. Staatliche Schutzpflichten	470
2. Sekundärrechtliche Herstellung der Freizügigkeit	470
a) Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer	471
b) Die Freizügigkeit der Familienangehörigen	471
3. Gleichstellung im Aufenthaltsstaat	472
a) Überblick	472
b) Soziale Begleitrechte	472
c) Der Zugang zur Bildung	473
4. Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit	473
IV. Ausblick	475
§ 28. Niederlassungsfreiheit (<i>Nettesheim</i>)	475
I. Die Bedeutung der Niederlassungsfreiheit im Binnenmarkt	476
II. Marktliberalisierung: Die Gewährleistung grenzüberschreitender Mobilität	476

1. Abgrenzung zu anderen Grundfreiheiten	477
2. Vorrangiges Primär- und Sekundärrecht	477
3. Gewährleistungsbereich	478
a) Berechtigte der Niederlassungsfreiheit	478
b) Sachlicher Anwendungsbereich der Niederlassungsfreiheit	479
c) Bereichsausnahmen bei Tätigkeiten in Ausübung öffentlicher Gewalt	482
d) Räumlicher Geltungsbereich	482
e) Adressaten der Niederlassungsfreiheit	482
4. Beschränkung der Niederlassungsfreiheit	483
5. Schranken der Niederlassungsfreiheit	485
a) Art. 52 Abs. 1 AEUV: Grenzen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit	485
b) Ungeschriebene Rechtfertigungsgründe	485
III. Begleitrechte der Niederlassungsfreiheit	487
IV. Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit	487
V. Ausblick	489
§ 29. Sozialpolitik und Beschäftigungspolitik (Classen)	489
I. Grundlagen: Das „Europäische Sozialmodell“	490
1. Zur Wechselbeziehung von Sozial- und Wirtschaftspolitik	490
2. Entwicklung der Europäischen Sozialpolitik seit 1958	491
3. Primärrechtliche Vorgaben im Bereich der Sozialpolitik	491
a) Soziale Grundrechte und soziale Aspekte der Grundfreiheiten	492
b) Soziale „Grenzen“ des Wettbewerbs im Binnenmarkt	493
II. Sozialpolitische Kompetenzen der EU und ihre Handhabung	493
1. Arbeitsrechtliche Harmonisierung (Art. 153 Abs. 1 lit. a) bis i) AEUV)	493
a) Allgemeines	493
b) Arbeitsschutz („Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer“ – Art. 153 Abs. 1 lit. a) AEUV)	494
c) Individuelles Arbeitsvertragsrecht (Art. 153 Abs. 1 lit. b) und d) AEUV)	495
d) Kollektives Arbeitsrecht (Art. 153 Abs. 1 lit. d), e), f) AEUV)	495
2. Maßnahmen der offenen Koordinierung	496
3. Sozialer Dialog	496
III. Europäische Beschäftigungspolitik	496
IV. Europäischer Sozialfonds (ESF)	497
1. Entstehung und Entwicklung des Europäischen Sozialfonds	497
2. Tätigkeit des ESF	497
V. Ausblick: Soziale Dimension des Binnenmarktes oder Sozialunion?	498
8. Teil. Binnenmarkt III: Finanzverkehr	
§ 30. Kapital- und Zahlungsverkehr (Nettesheim)	499
I. Grundlagen	499
II. Die primärrechtlichen Regelungen des Kapital- und Zahlungsverkehrs	500
1. Liberalisierung des Kapitalmarktes	501
a) Verhältnis zu den anderen Grundfreiheiten	501
b) Anwendungsbereich der Kapitalverkehrsfreiheit	502

c) Beschränkungen der Kapitalverkehrsfreiheit	503
d) Rechtfertigung von Beschränkungen der Kapitalverkehrsfreiheit	504
2. Gewährleistungspflichten	506
3. Freiheit des Zahlungsverkehrs	506
III. Ausblick	506
§ 31. Finanzmärkte (Nettesheim)	506
I. Liberalisierungs- und Harmonisierungsmaßnahmen zur Herstellung des Europäischen Finanzraums	508
II. Akteure und Finanzprodukte	509
III. Europäisches Kapitalmarktrecht	511
IV. Rahmenbedingungen	512
V. Ausblick: Vollendung des Europäischen Finanzraums?	513
 9. Teil. Rechtsangleichung und Koordination	
§ 32. Grundfragen der Rechtsangleichung (Classen)	514
I. Funktion und Entwicklung der Rechtsangleichung in der EU	514
1. Bedeutung und Probleme der EU-Rechtsangleichung	514
2. Entwicklung der europäischen Rechtsangleichung	516
II. Rechtsangleichung im Binnenmarkt (Art. 114 ff. AEUV)	517
1. Die zentrale Rechtsangleichungsnorm des Art. 114 AEUV	517
a) Voraussetzungen der Rechtsangleichung	517
b) Rechtsfolgen der Rechtsangleichung – nationale Alleingänge	520
2. Weitere Kompetenzen	521
a) Rechtsangleichung nach Art. 115 AEUV	521
b) Behandlung von Wettbewerbsverzerrungen (Art. 116, 117 AEUV)	521
c) Rechtstitel zum Schutz geistigen Eigentums (Art. 118 AEUV) ...	521
III. Rechtsangleichung im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (RFSR; Art. 67 ff. AEUV)	521
1. Grundlagen des RFSR	521
2. Inhaltliche Elemente des RFSR	522
3. Sonderregelungen im Bereich des RFSR	523
a) Verfahrensmäßige Sonderregeln	523
b) Sonderstatus des Vereinigten Königreiches, von Irland und von Dänemark	523
IV. Sonstige Kompetenzen im Bereich der Rechtsangleichung	524
1. Bereichsspezifische Angleichungskompetenzen	524
2. Ergänzende Rechtsangleichung nach Art. 352 AEUV	525
V. Instrumente der Rechtsangleichung	526
1. Richtlinien und intensivere Formen der Rechtsangleichung	526
2. Intensität der Harmonisierung	526
3. Zur Fortentwicklung angeglichenen Rechts	527
4. Richterrechtliche Rechtsangleichung durch den Gerichtshof	527
VI. Gegenseitige Anerkennung als Alternative zur Rechtsangleichung	528
VII. Ausblick: Rechtsangleichung – eine „unendliche Geschichte“	529

§ 33. Umwelt, Gesundheit, Polizei und Ausländer, Datenschutz:	
Zur Europäisierung des öffentlichen Rechts (Classen)	529
I. Grundfragen	529
1. Verfassungsrecht	529
2. Verwaltungsrecht	530
a) Grundsatzfragen	531
b) Bereichsübergreifende Herausforderungen für das allgemeine Verwaltungsrecht	532
c) Bereichsübergreifende Herausforderungen für das Verwaltungsprozessrecht	533
II. Umwelt	534
1. Die Herausbildung einer europäischen Umweltpolitik	534
2. Primärrechtliche Grundlagen der EU-Umweltpolitik	535
a) Spezifische Vorgaben für die Umweltpolitik (Art. 191 ff. AEUV)	535
b) Die Bedeutung der Umweltpolitik für die sonstige Unionspolitik (Art. 11 und 114 Abs. 3 AEUV)	536
3. Zuständigkeiten im Bereich der EU-Umweltpolitik	536
a) Rechtsetzungskompetenz im Umweltbereich (Art. 192 Abs. 1–3 AEUV)	537
b) Die Umweltaußenkompetenz der EU (Art. 191 Abs. 4 AEUV)	538
c) Nationale Regelungsspielräume (Art. 193 AEUV)	538
4. Die sekundärrechtliche Ausformung des allgemeinen Umweltrechts	539
5. Die sekundärrechtliche Ausformung des besonderen Umweltrechts	540
a) Natur- und Artenschutz	540
b) Gewässerschutz	541
c) Luftreinhaltung und Klimaschutz	542
d) Lärmschutz	543
e) Abfall	544
f) Gefährliche Stoffe, insbesondere Chemikalien	544
g) Biotechnologie und Gentechnik	545
h) Produktbezogene Regelungen	546
6. Die Beteiligung der EU am internationalen Umweltschutz	546
7. Konsequenzen für das deutsche Recht	546
8. Tierschutz	547
III. Gesundheit	547
1. Grundlagen und Entwicklung der europäischen Gesundheitspolitik	548
2. Primärrechtliche Grundlagen der europäischen Gesundheitspolitik	548
a) Allgemeines	548
b) Apotheken, Krankenhäuser, Krankenkassen und das allgemeine Wirtschaftsrecht	549
c) Kompetenzen im Bereich der europäischen Gesundheitspolitik nach Art. 168 AEUV	550
d) Sonstige gesundheitsrelevante Zuständigkeiten der EU	551
3. Die sekundärrechtliche Ausformung der europäischen Gesundheitspolitik	551
a) Harmonisierung des Arzneimittel- und Medizinprodukterechts sowie Regelung der Organtransplantation	551

b) Die Sicherung der grenzüberschreitenden medizinischen Versorgung	552
c) Gesundheitsprogrammatische Aktionen der Unionsorgane	553
4. Die sekundärrechtliche Ausformung des Lebensmittelrechts	553
IV. Polizei- und Ausländerrecht („Schengen“)	554
1. Abbau der Personenkontrollen an den EU-Binnengrenzen und Sicherung der Außengrenzen	554
2. Die Politik gegenüber Drittstaatsangehörigen	555
3. Polizeikooperation	557
4. Terrorismusbekämpfung	558
V. Datenschutzrecht	558
VI. Ausblick	560

§ 34. Forschung, Bildung und Sport, Kultur und Rundfunk:

Zur Europäisierung des Kulturverwaltungsrechts (Classen)	561
I. Forschung und Technologische Entwicklung	561
1. Grundlagen der Forschungs- und Technologiepolitik	561
2. Primärrechtliche Grundlagen der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik	561
3. Sekundärrechtliche Ausformung der Europäischen Forschungs- und Technologiepolitik	562
4. Exkurs: Europäische Forschungsförderung außerhalb der EU	562
5. Die Förderung der Raumfahrt	563
II. Bildung und Sport	563
1. Entwicklung der europäischen Bildungsaktivitäten	564
2. Primärrechtliche Grundlagen der Europäisierung der Bildungspolitik	564
a) Spezifische Kompetenzen für die Bildungspolitik	564
b) Allgemeines Diskriminierungsverbot (Art. 18 AEUV) und Freizügigkeitsrecht (Art. 21 AEUV)	565
c) Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit (Art. 56, 49 AEUV)	565
d) Bereichsspezifische bildungsrelevante Regelungen	565
3. Die sekundärrechtliche Ausformung der europäischen Bildungspolitik	566
4. Europäische Bildungspolitik jenseits der Verträge	566
a) EU-externe Bildungseinrichtungen	566
b) Der Bologna-Prozess und die gegenseitige Anerkennung von Studienzeiten	567
5. Europa und der Sport	568
a) Der Sport und das europäische Wirtschaftsrecht	568
b) Sportpolitische Kompetenzen und Aktivitäten	569
III. Kultur	569
1. Grundlagen: Die Europäische Integration und die Kultur	569
a) „Kultur“ im Zusammenhang der Unionsverträge	569
b) Entwicklung des kulturellen Engagements der EU	570
2. Die primärrechtlichen Grundlagen der europäischen Kulturpolitik ..	570
a) Zum Kulturbegriff	570
b) Die spezifische Kulturkompetenz (Art. 167 AEUV)	571
c) Die Kultur und das allgemeine Vertragsrecht	571

3. Die sekundärrechtliche Ausformung der europäischen Kulturpolitik	572
a) Spezifisch kulturpolitisch ausgerichtete Akte	572
b) Maßnahmen zur Sicherung der Besonderheiten der Kultur im Wirtschaftsleben	572
4. Europäische Kulturpolitik außerhalb der EU-Verträge	573
IV. EU-Rundfunkordnung	573
1. Entwicklung der europäischen Rundfunkordnung	573
2. Primärrechtliche Grundlagen der europäischen Rundfunkordnung	574
a) Grundfreiheiten	574
b) Wettbewerbsrecht	574
c) Grundrechte	575
3. Europäische Harmonisierung des Rechts der audiovisuellen Medien	575
V. Ausblick	576
§ 35. Steuern (Nettesheim)	576
I. Grundlagen	577
1. Verbot der Steuerdiskriminierung und Kompetenzen zur Steuerharmonisierung	578
a) Begrenzte Aufgaben der EU im Steuerbereich	578
b) Harmonisierung indirekter Steuern als Schwerpunktbereich	578
c) Harmonisierung direkter Steuern vs. Systemwettbewerb	579
2. Unionssteuern	580
II. Verbot der Steuerdiskriminierung (Art. 110 AEUV)	581
1. Die Bedeutung des Diskriminierungsverbots nach Art. 110 AEUV	581
a) Sicherung der Wettbewerbsneutralität	581
b) Bestimmungslandprinzip und Diskriminierungsverbot	581
c) Besteuerung „hinter der Grenze“ und Diskriminierungsverbot	582
2. Abgrenzung zu anderen Regelungen des Vertrags	582
a) Zollgleiche Abgaben und parafiskalische Abgaben	583
b) Maßnahmen im Sinne von Art. 37 AEUV – Handelsmonopole	583
c) Beihilfen	583
3. Anwendungsvoraussetzungen des Art 110 Abs. 1 AEUV	584
a) Abgaben i. S. von Art. 110 AEUV	584
b) Gleichartigkeit der Waren	584
c) Vorliegen einer Schlechterstellung	584
4. Anwendungsvoraussetzungen des Art. 110 Abs. 2 AEUV	585
III. Die Harmonisierung der mitgliedstaatlichen Steuersysteme	586
1. Sinn und Grenzen der EU-Steuerharmonisierung	586
2. EU-Recht und indirekte Steuern	587
3. EU-Recht und direkte Steuern	590
a) Kompetenzen	590
b) Die Besteuerung der Einkünfte natürlicher Personen	591
c) Unternehmensbesteuerung	591
4. Zusammenarbeit der Finanzverwaltungen	592
IV. Ausblick	593

§ 36. Verbraucherschutz, geistiges Eigentum, Gesellschaftsrecht, Kollisions- und Prozessrecht: Zur Europäisierung des Privatrechts (Classen)	594
I. Grundsatzfragen	594
1. Grundprobleme der Privatrechtsharmonisierung	594
2. Gemeinsamer Referenzrahmen	595
3. Optionales Vertragsrecht	595
II. Verbraucherschutz	596
1. Grundlagen und Entwicklung der europäischen Verbraucherschutzpolitik	596
2. Grundfragen der europäischen Verbraucherschutzpolitik	596
a) Aufgaben des Verbraucherschutzes	597
b) Rechtsetzungskompetenzen im Bereich des Verbraucherschutzes (Art. 169 Abs. 2 und 3 AEUV)	597
c) Sonstige vertragliche Regelungen zum Verbraucherschutz	598
3. Die sekundärrechtliche Ausformung der europäischen Verbraucherschutzpolitik	598
a) Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Verbraucher	599
b) Schutz der Wirtschaftsinteressen	599
c) Wiedergutmachung von Schäden	600
d) Rechtsdurchsetzung	600
e) Lauterkeitsrecht	600
III. Das geistige Eigentum im Binnenmarkt	601
1. Geistiges Eigentum und die materiellen Regeln des Vertragsrechts	601
2. Die Schaffung eines europäischen Rechts des geistigen Eigentums	602
a) Kompetenzrechtliche Grundlagen	602
b) Patentrecht	603
c) Markenrecht	603
d) Geschmacksmuster, Sorten u. ä.	604
e) Urheberrecht	604
f) Rechtsdurchsetzung	605
IV. Gesellschafts- und Unternehmensrecht	605
1. Grundfragen	605
2. Gesellschaftsrechtliche Rechtsangleichung	606
3. Europäische juristische Personen	607
V. Prozess- und Kollisionsrecht	607
1. Verfahrensrecht	608
2. Kollisionsrecht	610
3. Familien- und Erbrecht	611
VI. Ausblick	612
§ 37. Zur Europäisierung des Strafrechts (Classen)	612
I. Grundlagen der Europäisierung des Strafrechts	613
II. Die Angleichung des materiellen Strafrechts (Art. 83 AEUV)	614
III. Die Europäisierung des Strafverfahrensrechts	615
1. Zum Strafverfahrensrecht i. e. S. (Art. 82 AEUV)	615
2. Eurojust und Europäische Staatsanwaltschaft (Art. 86 AEUV)	617
IV. Ausblick	617

10. Teil. Außendimension der Europäischen Union

§ 38. Gemeinsame Außenpolitik: Kompetenzen, Instrumente, Institutionen (Nettesheim)	618
I. Die Außenbeziehungen der EU zwischen Integration und Intergouvernementalismus	618
II. Grundlagen der auswärtigen Gewalt der EU	621
1. Völkerrechtsfähigkeit	622
2. Grundlegende Rechtsstellung	622
III. Rechtsgrundlagen der EU-Außenbeziehungen	623
1. Kompetenzen	623
a) Explizite und implizite Zuständigkeiten	624
b) Ausschließliche Zuständigkeiten	626
c) Parallele Außenzuständigkeiten	627
2. Vertragsschließungsverfahren des AEUV (Art. 218 AEUV)	627
a) Allgemeines	628
b) Die Phasen des Vertragsschlusses	628
c) Bindungswirkung der Abkommen (Art. 216 Abs. 2 AEUV)	629
IV. Ausblick	630
 § 39. Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Nettesheim)	631
I. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	631
1. Die rechtlich/institutionelle Regelung der GASP im EU-Vertrag (Art. 23–41 EUV)	633
2. Institutionelle Struktur der GASP (Art. 26 ff. EUV)	633
a) Der Europäische Rat (Art. 26 EUV)	634
b) Der Rat (Art. 26 Abs. 2 EUV)	634
c) Der Hohe Vertreter (Art. 27 EUV) und der Europäische Auswärtige Dienst	634
d) Die Kommission und das Europäische Parlament	635
e) Sonderbeauftragte (Art. 33 EUV)	636
3. Rechtsinstrumente der GASP (Art. 25 EUV)	636
a) Allgemeine Leitlinien	637
b) Beschlüsse	637
c) Ausbau der systematischen Zusammenarbeit	638
d) Abschluss von Übereinkünften mit Drittstaaten und Internationalen Organisationen (Art. 37 EUV)	638
4. Finanzierung der GASP (Art. 41 EUV)	638
5. Die zwiespältige Rechtsgestalt der GASP	639
II. Europäisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik	639
1. Zwischenschritte auf einem mühsamen Weg	639
2. Institutionelle Strukturen der GSVP	641
a) Übergreifende Strukturen	641
b) Besondere GSVP-Einrichtungen	641
c) Umfeld der GSVP	642
3. Ziele und Aufgaben der GSVP	642

4. Mittel der GSVP	644
a) Militärische Kapazitäten	644
b) Rüstungspolitische Zusammenarbeit	644
c) Zivile Komponente der GSVP	645
5. GSVP und Mitgliedstaaten	645
III. Ausblick	645

§ 40. Gemeinsame Handelspolitik und Entwicklungspolitik

<i>(Nettesheim)</i>	646
I. Die Gemeinsame Handelspolitik als Kernstück der integrierten EU-Außenbeziehungen	647
II. Die Außendimension der Zollunion	648
1. Der Gemeinsame Zolltarif (GZT)	648
2. Zollrechtsangleichung, Zollkodex und Strategien für die Zollunion ..	648
3. Zollgleiche Abgaben im Handel mit Drittstaaten	649
III. Die Gemeinsame Handelspolitik	649
1. Vertragliche Grundlagen	650
a) Offenheit und Liberalität	650
b) Kompetenzumfang	651
c) Qualität der Kompetenzen	652
d) Verfahren	653
2. Überblick über die autonome Handelspolitik	653
a) Einfuhrregime	653
b) Ausfuhrregime	654
c) Handelspolitische Maßnahmen der EU	655
3. Die vertragliche Handelspolitik: Das Beispiel der WTO-Mitgliedschaft	658
a) Vom GATT 1947 zur WTO 1994	658
b) Überblick über das WTO-Recht	659
c) EU-Mitgliedschaft in der WTO	660
d) Handelspolitische Bedeutsamkeit der WTO für die EU	662
IV. EU-Entwicklungspolitik	662
1. Die Entwicklung der vertraglichen Grundlagen	663
2. Assoziierung der Überseeischen Länder und Hoheitsgebiete (ÜLG – Art. 198–204 AEUV)	663
3. Entwicklungspartnerschaft der EU mit den AKP-Staaten („Lomé-Cotonou-Politik“)	664
4. EU-Entwicklungszusammenarbeit (Art. 208–211 AEUV)	664
V. Ausblick	664

§ 41. Europäische Assoziierung – Nachbarschaftspolitik *(Nettesheim)* 665

I. Grundlagen	665
II. Rechtsgrundlagen der Assoziierung	666
III. Praxis europäischer Assoziierung	668
IV. Europäische Nachbarschaftspolitik	669
1. Grundlagen einer Europäischen Nachbarschaftspolitik	669
2. Durchführung der ENP	670

§ 42. Beitritt – Austritt (<i>Nettesheim</i>)	671
I. Die Europäische Union innerhalb Gesamteuropas	672
II. Beitrittskonzept des EU-Vertrages	672
1. Der Beitritt nach Art. 49 EUV	673
2. Beitrittsvoraussetzungen	674
a) Begriff des europäischen Staats	674
b) Kopenhagener Kriterien	674
3. Beitrittsverfahren	675
a) Einleitungsphase	675
b) Verhandlungsphase	676
c) Abschlussphase	676
4. Wirkungen des Beitritts	677
5. Wandlungen der EU durch die Beitritte	677
III. Beitrittspraxis	678
IV. Weitere Beitrittsperspektiven	679
1. Balkanerweiterung	679
2. Türkei	680
3. EWR-Raum und Schweiz	681
V. Austritt aus der Europäischen Union	681
VI. Ausblick	682
Sachverzeichnis	685